

Ressort: Politik

Innenminister streiten über Umgang mit gewaltbereiten Salafisten

Berlin, 06.06.2014, 07:00 Uhr

GDN - Die Innenministern der Länder streiten über den Umgang mit gewaltbereiten Salafisten. Wie das Nachrichtenmagazin "Focus" meldet, fordern einige Bundesländer, die Behörden müssten in Deutschland lebende Salafisten künftig an der Ausreise in Kriegsgebiete wie Syrien hindern.

Anderenfalls bestehe das Risiko, dass die radikalisierten Kämpfer nach ihrer Rückkehr Anschläge in Deutschland verüben. Ein entsprechender Vorschlag soll laut "Focus" auf der Innenministerkonferenz kommende Woche in Bonn behandelt werden. Widerstand kommt vor allem aus Bayern. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hält die Pläne für "abenteuerlich". Er sagte "Focus": "Gewaltbereite Salafisten haben in unserem Land nichts zu suchen. Wenn sie aus Deutschland ausreisen wollen, etwa nach Syrien, und ihre Wiedereinreise verhindert werden kann, dann soll man sie auch nicht aufhalten." Herrmann weiter: "Jeder gewaltbereite Salafist in Deutschland ist einer zu viel." Laut Verfassungsschutz sind bisher 320 Dschihadisten aus Deutschland nach Syrien gereist, um für islamistische Terrorgruppen zu kämpfen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-35780/innenminister-streiten-ueber-umgang-mit-gewaltbereiten-salafisten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619